

**POSTULAT** von Beat Habegger (FDP, Zürich), Martin Arnold (SVP, Oberrieden) und Katharina Kull-Benz (FDP, Zollikon)

betreffend Digitalstrategie für die kantonale Verwaltung

Der Regierungsrat wird eingeladen, eine Digitalstrategie für die kantonale Verwaltung zu erarbeiten. Diese soll insbesondere die Möglichkeiten aufzeigen, die sich durch die Blockchain bzw. die «Distributed Ledger-Technologie» für die effiziente, sichere und kostengünstige Abwicklung von digitalen Transaktionen (verwaltungsintern und -extern) ergeben und welche Kosteneinsparungen damit erzielt werden können.

Beat Habegger  
Martin Arnold  
Katharina Kull-Benz

15/2017

Begründung:

In immer stärkeren Mass durchdringt die Digitalisierung alle Bereiche des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Diese Entwicklung erstreckt sich auch auf den Staat. Mit digitalisierten Dienstleistungen stellen sich Regierung und Verwaltung den sich verändernden Erwartungen und Bedürfnissen ihrer Kunden – den natürlichen und juristischen Personen im Kanton Zürich. Innerhalb der Verwaltung wiederum führt die Digitalisierung zu einer effizienteren, kundenfreundlicheren und kostengünstigeren Geschäftsabwicklung.

Die Digitalisierung eröffnet eine Fülle von Möglichkeiten, die deutlich über die bisherigen Ansätze des E-Government hinausgehen. Deshalb ist der Regierungsrat eingeladen, eine Digitalstrategie vorzulegen, die insbesondere folgende Aspekte umfasst:

- Auslegeordnung zu digitalisierbaren Dienstleistungen und Fähigkeiten der Verwaltung wie etwa: digitalisierte Kundenschnittstellen (inkl. Zahlungsverkehr und Nachrichtenaustausch), automatisierte Prozesse, online zugängliche Register und Datenbanken (inkl. Open Data), Peer-to-Peer Lösungen, optimiertes Datenmanagement, Unterstützung politischer Entscheidungsfindung (Analytics) etc.
- Entwicklung eines strategischen Grundsatzes, dass Dienstleistungen und Prozesse prioritär auf elektronischem Weg zu erbringen sind («digital first»)
- Implementationsplan (inkl. Governance und Umsetzungsschritte) sowie Plan zur notwendigen Anpassung von gesetzlichen Grundlagen
- Aufzeigen der Vorteile einer digitalen Verwaltung, insbesondere hinsichtlich der finanziellen Aufwandeinsparungen in der kantonalen Verwaltung
- Einbezug privater Leistungserbringer in Entwicklung, Betrieb und Unterhalt von digitalen Dienstleistungen
- Abstimmung mit und Einbettung in die Entwicklung auf Bundesebene
- Abstimmung mit den Gemeinden im Sinne eines kantonalen Gesamtsystems, welches die Gemeindeautonomie berücksichtigt.

Die Digitalstrategie soll sich zudem zur Blockchain beziehungsweise zur «Distributed Ledger-Technologie» äussern. In seiner Antwort auf die Anfrage KR.-Nr. 223/2016 schreibt der Regierungsrat, dass diese auch in der Verwaltungstätigkeit zu «tiefgreifenden Veränderungen führen» wird. Deshalb erachten wir die «praxisnahe Beobachtung» und das Abwarten «erster Anwendungen» als zu passiv und angesichts vorliegender Studien ist es nicht zu früh für «eine Beurteilung der konkreten Möglichkeiten». Vielmehr kann der Kanton Zürich hier eine Führungsrolle einnehmen und auf der Basis einer fundierten Auslegeordnung Pilotprojekte starten.